

Protokoll

GR-P062012

Aufgenommen zur Gemeinderatssitzung des Gemeinderates der Gemeinde Brandenburg am 21.5.2012 im Gemeindeamt Brandenburg.

Anwesende:

Bürgermeister Hannes Neuhauser, Bürgermeisterstellvertreter Armin Mühlegger, die Gemeinderäte Otmar Gwercher, Friedrich Klingler, Christoph Mühlegger, GR-Ersatz Josef Lengauer für den entschuldigten Hermann Spiegl, Georg Neuhauser, Georg Haaser, Roman Burgstaller, Claudia Spiegl, Johannes Ampferer, Barbara Gorfer und Klaus Lengauer.

Beginn: 20.30 Uhr

Ende: 22.30 Uhr

Tagesordnung

1. Bericht vom Informationsabend Volksschule Aschau 10.5.2012
2. Zweitbeschluss Flächenwidmungsplanänderung GSt.Nr. 1307/43 (Sonderfläche Almgebäude Zöttbachalm Ampferer Markus)
3. Antrag auf Erschließungsbeitragsermäßigung
4. Anträge, Anfragen und Allfälliges
 - 4.1. Telekom Austria Sender Hubwald
 - 4.2. Wohnung Altenheim Brandenburg 80 Top 5
 - 4.3. Jahresbericht Humanocare betr. Alten-/Pflegeheim Brandenburg
 - 4.4. Widmungsansuchen Klingler Andreas, Aschau 9 – Lagerhalle
 - 4.5. Widmungsansuchen Messner Walter und Gertrude, Neuschwendt 120 – touristische Sonderfläche
 - 4.6. Anträge, Anfragen und Allfälliges
5. Personalangelegenheiten

Bürgermeister Hannes Neuhauser eröffnet diese gut besuchte Gemeinderatssitzung und begrüßt den Gemeinderat, den Schriftführer auch die zahlreich erschienenen Zuhörer.

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt und die Protokolle der letzten beiden Gemeinderatssitzungen unterfertigt.

Aus aktuellem Anlass stellt der Bürgermeister jeweils getrennte Anträge, dem Tagesordnungspunkt 4 die o.a. angeführten Punkte 4.1. bis 4.5. voranzustellen und darüber zu beraten bzw. Beschluss zu fassen. Der Gemeinderat stimmt der Aufnahme dieser Tagesordnungspunkte einstimmig zu.

1. Bericht vom Informationsabend Volksschule Aschau 10.5.2012

Bürgermeister Hannes Neuhauser berichtet:

In Absprache mit Frau Bezirksschulinspektor BSI Egger fand am 10.5.2012 im Gemeindeamt Brandenburg ein Informationsabend für die Aschauer Eltern mit Kinder der Jahrgänge 2012 bis 1.9.2002, Bürgermeisterstellvertreter Mühlegger und Bürgermeister Neuhauser statt.

Trotz Nichteinladung nahmen an diesem Informationsabend betreffend Volksschule Aschau noch zahlreiche Frauen und Männer aus der Aschauer Bevölkerung sowie Frau GR Gorfer Barbara, Herr GR Haaser Georg, Burgstaller Roman und Lengauer Klaus teil.

Ausgangspunkt der Vorbesprechung zwischen Frau BSI Egger und Bürgermeister Neuhauser war die Anfrage des Bürgermeisters betreffend Nutzung des zweiten Klassenraumes durch Schüler, Kindergarten und Vereine. Bei diesem Gespräch hat Frau Egger vorgeschlagen, einen Informationsabend für die betreffenden Aschauer Eltern zu machen und dabei über die Zukunft des Schulgebäudes Aschau – welches unter Denkmalschutz steht – die Schulsprengelteilung und die zukünftige Lehrpersonalentwicklung zu diskutieren. Bei diesem Informationsabend war eine Schließung der Volksschule Aschau nie ein Thema.

Frau Egger sagte an diesem Abend, dass es im Vorfeld Irritationen, Anrufe und Briefe von besorgten Eltern gegeben hat.

Folgend wurden Gründe für die Schließung und für die Beibehaltung der Volksschule Aschau erarbeitet, diskutiert und dabei die finanzielle Seite der Gemeinde Brandenburg und auch die pädagogische Seite mit eingebunden.

Der Bürgermeister horcht auf die Stimmen aus dem Volk (betroffene Eltern, sonstige BrandenbergerInnen).

Frau Bezirksschulinspektor Egger und Herr Bürgermeister Neuhauser betonten bei diesem Informationsabend, dass die Bevölkerung das Anhörungsrecht hat und eine objektive Meinungsfindung ohne Populismus das Ziel sein muss.

Die anwesenden Eltern haben Martina Marksteiner und Elisabeth Messner als Sprecherinnen auserkoren.

Frau Marksteiner informierte, dass in Aschau nach Erhalt der Info-Abend-Einladung eine Vorbesprechung unter den betroffenen Eltern und weiteren Aschauern stattgefunden hat. Dabei wurde ein klares und eindeutiges Bekenntnis zum Erhalt der Schule und des Kindergartens in Aschau abgegeben. Dokumentiert wurde dies auf einer Unterschriftenliste zur Rettung der Aschauer Schule und des Kindergartens (142 Unterschriften), welche am Informationsabend dem Bürgermeister übergeben wurde.

Frau Marksteiner berichtete auch, dass lt. FW-Kdt. und Sängerbund der Kindergarten und die Schule in Aschau Vorrang gegenüber Feuerwehr und Sängerrunde betreffend Raumbedarf in diesem Gemeindegebäude Aschau 27 haben. Die Sprecherin nannte dann folgende

Argumente für den Erhalt dieser Gemeindeeinrichtung:

- Wenn Schule weg, dann sei Dorf „tot“
- Schule ist Mittelpunkt des Dorfes (Elterntreff Mütter und Väter)
- Schule Drehscheibe für Veranstaltungen (Muttertagsfeier, Hirtenspiel als Bsp.)
- Kleinschule – Kleingruppe mit sozialem Lernen
- Arbeitsplätze (Reinigungsbedienstete, Lehrpersonen)

- Wenn Schule weg, dann nur mehr Freizeitwohnsitze in Aschau
- Politik: für Erhaltung ländlicher Raum/Kleinschulensystem.

Frau Marksteiner stellte zwei Fragen betreffend die Zukunft des Schulgebäudes (Sanierung, Zeit-/Kostenplan) und die Schulsprengeldefinition für Brandenburg.

Bürgermeister Hannes Neuhauser bzw. Vizebürgermeister Mühlegger antworteten und klärten wie folgt auf:

Wie erwähnt handelt es sich beim Gemeindegebäude Aschau 27 um ein seit dem Jahr 2009 verordnetes denkmalgeschütztes Gebäude. Dies fand nicht auf Gemeindewunsch statt, die Gemeinde hat dagegen jedoch auch keinen Einspruch erhoben.

Geplanter Gebäudesanierungsverlauf: Dachsanierung Jahr 2013 (vorbehaltlich der Zustimmung des Gemeinderates); weitere Sanierung in Schritten und je nach Finanzierbarkeit.

Erläuterung betreffend SOG-Mittel (Städte-/Ortsbildschutzgesetz-Mittel 25 % der durch den Denkmalschutz begründeten Mehrkosten) – Gemeinde Brandenburg hat dieses Gebäude bei der zuständigen Stelle gemeldet und wird diesbezüglich bei einer der nächsten Landessitzungen behandelt werden.

Gebäude soll in Eigentum der Gemeinde bleiben.

Schulsprengel: Bürgermeister Hannes Neuhauser zeigte sich bestürzt wegen „Hetzjagd“ auf bestimmte Aschauer Eltern, welche ihre Kinder in die VS Brandenburg und nicht in die VS Aschau schicken möchten.

Der Bürgermeister wünscht sich, dass bestes Bildungsangebot von den Eltern frei gewählt werden soll können.

Bürgermeister betonte, dass es zwar die Schulsprengel Aschau und Brandenburg gibt, diese jedoch NICHT „zubetoniert“ sind. BSI Egger bestätigte dies, zumal die Schulen Aschau und Brandenburg in einer Gemeinde liegen und daher eine Schulwahlfreiheit in Ordnung ist.

Bürgermeister Hannes Neuhauser wird sich dafür einsetzen, dass diese Sprengelwahlfreiheit weiterhin bestehen bleibt.

Er erinnerte, dass den Brandenberger Kindergarten-Kindern auch die Möglichkeit geschaffen wurde, zusätzlich den Kindergarten in Aschau zu besuchen und umgekehrt, was auch schon genützt wird.

Die anwesenden Eltern sagten, dass sie in der Vergangenheit nie betreffende Eltern „geschnitten“ haben bzw. nie darauf bestanden haben, dass Aschauer Kinder nur die VS Aschau besuchen dürfen.

Der Bürgermeister entgegnete, dass er sehr wohl Anrufe erhalten hat und gebeten wurde, solche Vorgangsweisen zu unterbinden und dies der Bezirkshauptmannschaft zu melden.

Im Zuge der Diskussion an diesem Info-Abend hat Frau BSI Egger ihre ursprüngliche Meinung bezüglich Kleinschulen – Kleinschulen sind in Ordnung, Idylle soll bewahrt bleiben – revidiert: Bei Kleinschulen ist ihrer Meinung nach nicht mehr alles ideal von pädagogischer Seite. Auch die finanzielle Seite für eine finanzschwache Gemeinde ist zu beachten (zunehmende Landesforderungen auf Einsparungen bei Gemeinden). Frau Egger erläuterte, dass Kleinschulen nicht die Möglichkeiten betreffend Schülerchor, Theaterveranstaltungen, größere Projekte abzuwickeln, haben.

Sie erklärte auch den in der Volksschule Aschau praktizierten Abteilungsunterricht: Selbstbeschäftigung der Schüler, Lehrerunterricht in relativ kleinen sozialen Gruppen.

Schüler aus Kleinschulen haben bei weiterführenden Schulen teilweise Umstellungsprobleme.

Zum finanziellen Aspekt sagte Frau Egger, dass die finanzschwache Gemeinde Brandenburg betreffend Schulausstattung zuerst für die größere Schule Brandenburg bedient (technische Ausrüstung z.B., Turnsaal) wird.

An diesem Info-Abend wurde auch klar ausgesprochen, dass bei Ausfällen von Lehrkörpern (Krankenstand z.B.) es z.Z. und zukünftig schwierig ist und sein wird, Aushilfslehrer unter dem Jahr zu finden.

Zur Direktorbestellung wurde gesagt, dass Kleinschulen zukünftig keine fixe Direktionsstelle bekommen werden, sondern Direktoren werden nur mehr betraut (d.h. keine fixe Anstellung). Somit werden sich Direktorenkandidaten für größere Schulen bewerben.

Zur Zeit besteht noch die Vorgabe, dass pro Schule ein Direktor installiert ist. Zukünftige Änderung evtl. möglich (1 Direktor für VSen Brandenburg und Aschau).

Frau Egger hat auch die legitime Meinung von Brandenberger Eltern festgehalten, dass Aschauer Kinder die VS Brandenburg besuchen sollen, damit die derzeitigen drei Klassen wieder auf vier aufgestockt werden können (wegen Schüleranzahl). Daraufhin hat Frau Elisabeth Messner dahingehend eingehakt und gefordert, dass auch bei diesem Punkt die Wahlfreiheit der Eltern aus Aschau, ihre Kinder entweder nach Aschau oder Brandenburg bringen zu können, bestehen muss.

Über diese Formulierung von der Bezirksschulinspektorin gibt es bei dieser Gemeinderatssitzung unterschiedliche Meinungen zwischen Bürgermeister und anwesende Zuhörer.

Frau Elisabeth Messner antwortete am 10.5.2012, dass Theaterveranstaltungen in Aschau sehr wohl möglich sind und auch sehr gut abgewickelt werden. Sie führte die Landesmusikschule als gute Alternative zum Schulchor an. Weiters, dass das Leistungsniveau in der VS Aschau in Ordnung, teilweise sogar besser als in Brandenburg sei.

Als weiteres Pro-Argument nannte Frau Messner, dass alternative Bewegung in freier Natur den Unterricht im kleinen Turnsaal Aschau ersetzt.

Zum finanziellen Aspekt meinte die Sprecherin, dass der Gemeinderat zwar über die Reaktivierung des alten Gemeindeamtes berät, die Gemeinde sollte jedoch auch Gelder für die Schüler in Aschau übrig haben.

Zum Lehrpersonalproblem führte Frau Messner an, dass dies auch bei Großschulen gegeben ist.

Besorgt zeigte sich Frau Messner vor allem betreffend den Schülertransport – im Speziellen im Winter. Die Sorgen und Ängste der Eltern um die Sicherheit der Kinder wurde bei dem Infoabend gehört und Ernst genommen.

Der Bürgermeister gibt auch eine Wortmeldung eines Zuhörers an diesem Abend des 10. Mai 2012 wieder, nämlich falls es zu einer Schließung des Schulbetriebes in Aschau kommen wird, dann sollte auch die VS Brandenburg geschlossen werden und beide Schulen in die VS Kramsach eingebunden werden.

Weitere Wortmeldungen bei diesem Informationsabend:

Frau BSI Egger: Politisch wird vom Land Tirol nach wie vor vertreten, Kleinschulen zu halten.

Martina Marksteiner:

Keine Forderung an eine schulische Nachmittagsbetreuung in Aschau, sondern lediglich Erhalt des derzeitigen und seit Jahrzehnten bestehenden Schulbetriebes in Aschau.

Bürgermeister:

Erklärte, dass eine gemeinsame Raumnutzung (ein Klassenzimmer) durch Volksschule und z.B. Sängerkorps, Feuerwehr laut Schulbehörde nicht gestattet wird. D.h. zwei Volksschulklassen müssen für die Volksschule Aschau bestehen bleiben und dürfen nur von der VS bzw. dem Kindergarten benützt werden.

Wenn die Schule bleibt, sind somit Wünsche für anderweitige Raumnutzungen für Vereine und Institutionen in Aschau in Zukunft nicht möglich.

Bürgermeisterstellvertreter Armin Mühlegger:

Er wiederholte bei diesem Info-Abend dass es sich dabei um keine Schulabschlussparty handelt. Er erläuterte die zwei Punkte: Gemeinde hat das Gebäude Aschau 27 (denkmalgeschützt) und den Schulbetrieb (Infrastruktur durch Gemeinde; Lehrpersonen durch Land).

Das Erdgeschoß Aschau 27 soll in Gemeindeeigentum bleiben (entweder für Schule, Feuerwehr, so. öffentliche Einrichtung) und wird nie gewinnbringend werden.

Bei diesem Bürgermeisterbericht trägt Herr Neuhauser Hannes auch die Erwartung der beim Infoabend anwesenden Aschauer vor, wonach der Info-Abend nicht im Gemeindeamt Brandenburg, sondern in Aschau hätte stattfinden sollen.

Bürgermeister Hannes Neuhauser widerspricht und verweist, dass solche Besprechungen im Gemeindeamt Brandenburg abzuhalten sind.

Der Bürgermeister gibt auch die Antwort auf seine Frage an BSI Egger betreffend bei zukünftigem Ausfall der Direktorin – fehlendes Personal für Nachbesetzung/Aushilfe bekannt:

Laut Frau Egger gehören die Schüler der VS Aschau dann in die VS Brandenburg (als zuständiger Sprengel).

Am Informationsabend und auch bei dieser Gemeinderatssitzung war bzw. ist die zukünftige Schülerzahl der vier Schulstufen in Aschau ein Diskussionspunkt. Bis zum Jahr 2020 wird man nicht mehr zweistellig werden, sondern ca. 9 Schüler bzw. weniger für die Schule Aschau gemeldet werden.

Bürgermeister Hannes Neuhauser vertritt die Meinung, dass der Kindergarten auf alle Fälle in Aschau bleiben soll.

Betreffend Schule Aschau wird er die zukünftige weitere Entwicklung (auch aus pädagogischer Sicht) abwarten. Er hat an diesem Elterninformationsabend keine Aussage über Aufrechterhaltung der VS-Aschau (weder ja noch nein) getroffen. Er nahm zwar den Elternwunsch auf Beibehaltung der Schule zur Kenntnis, lässt sich jedoch nicht drängen. Der Bürgermeister hörte auch die Wortmeldung von GR Roman Burgstaller, dass im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten der Schulbetrieb in Aschau aufrecht erhalten bleiben soll. Er antwortete, dass sich die Gemeinde nicht nur an die rechtliche Seite zu halten hat, sondern auch die zukünftige Entwicklung abzuwarten hat und deswegen keine Versprechungen abgeben kann, die in geraumer Zeit nicht zu halten sind.

Zu dieser wiedergegebenen Ausführung meldet sich Herr GR Roman Burgstaller zu Wort. Er möchte dies so zu verstehen wissen, dass die Gemeindevertreter verpflichtet seien, sich im Rahmen der Gesetze für die Gemeindebürger einzusetzen. Wenn dann in der Folge eine übergeordnete Stelle anders entscheidet, ist diese eine andere Sache. Herr Burgstaller wehrt sich gegen den Eindruck, dass er als „Verhinderer“ hingestellt werde und quasi nur auf seinen Standpunkt ohne Anstellung von weiteren Überlegungen beharre.

Mit den anwesenden Eltern der Aschauer Schüler wurden auch Betriebskosteneinsparungen (u.a. beim Heizöl, laufender Schulbetrieb) diskutiert. Als Gegenargument wurden zu erwartende höhere Schülerbeförderungskosten (Transport zur VS Brandenburg) angeführt.

Bürgermeister Hannes Neuhauser gibt auch den Eindruck der Bezirksschulinspektorin wieder, wonach Aschauer Eltern den starken Wunsch an der Aufrechterhaltung der Volksschule Aschau haben und die Gemeinde diesen Wunsch hören wird. Die Pro- und Contra-Argumente sind abzuwägen.

Bürgermeister Neuhauser trägt auch seine Hoffnung vor, dass zukünftige räumliche Entwicklungen/Wohngebietsschaffungen in Aschau sein werden und sich Jungfamilien ansiedeln können.

Weiters berichtet er von der Erwartung von Frau GR Barbara Gorfer, dass der Gemeinderat geschlossen hinter dem Wunsch der Aschauer Bevölkerung steht und der Bürgermeister als ausführendes Organ und Meinungsbildner ein klares Bekenntnis abgeben soll.

Zum Abschluss dieses sehr konstruktiven Informationsabends stellte dann Frau Elisabeth Messner dem Bürgermeister zum wiederholten Male die Frage bzw. formulierte diese um:

Wird der Bürgermeister bei der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung den Antrag auf Schließung der Volksschule Aschau einbringen?

Der Bürgermeister antwortete, dass er bei der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung keinen Antrag auf Schließung der Volksschule Aschau einbringen wird, was von den Anwesenden positiv zur Kenntnis genommen wurde.

Bürgermeister Hannes Neuhauser drückt gegenüber den Teilnehmern am Info-Abend den Respekt aus, da dieser Abend geordnet und konstruktiv verlaufen ist.

Er findet es jedoch nicht in Ordnung, dass jeweils 50 % von den BGL-Gemeinderäten und von den SPÖ-Gemeinderäten – welche bei der Info-Sitzung uneingeladen teilgenommen haben – „Öl ins Feuer gegossen haben“ und die Aschauer Bevölkerung aufgefordert haben sich entsprechend zur Wehr zu setzen.

Gemeinderat Georg Haaser weist diesen Vorwurf vehement zurück und sagt, dass die Aschauer Bevölkerung nicht aufgehetzt sondern diese von sich aus aktiv wurde. Herr Haaser trägt weiters vor, dass Volksschülern nur eine eingeschränkte Unterrichtszeit (vier Stunden) zugemutet wird und dies durch Schülertransporte entsprechend verlängert würde.

Die betreffenden Eltern wollen lediglich, dass sich der Bürgermeister zur Volksschule Aschau bekennt.

Diesem Wunsch antwortet der Bürgermeister und wiederholt somit seine Ausführungen vom Informationsabend, dass er niemanden anlügen wird und daher z.Z. keine eindeutige Zusage geben kann, da er die weitere Entwicklung abwarten möchte. Bürgermeister Neuhauser nennt auch ähnlich gelagerte Beispiele welche zur Zeit aktuell sind und auf Landesebene darüber Aussagen gemacht werden.

Gemeinderat Roman Burgstaller weist den Bürgermeistervorwurf ebenfalls entschieden zurück. Er hätte sich erwartet, dass zumindest der Gemeindevorstand vor der Abhaltung dieses Informationsabends vorinformiert werden hätte sollen.

Frau Gemeinderätin Barbara Gorfer betont auch, dass sie die Aschauer Bürger nicht aufgehetzt hat, sondern dies ein sogenannter Selbstläufer war. Ihre Teilnahme

begründet sie damit, dass sie es als Gemeinderatspflicht sieht, bei einem solchen Informationsabend dabei zu sein, zumal die Gemeinde Schulerhalter ist.

Bürgermeisterstellvertreter Armin Mühlegger gibt zu verstehen, dass der Bürgermeister nie allein diesbezügliche Entscheidungen (Zukunft des Schulgebäudes, Schulbetrieb in Aschau) treffen kann, sondern einer mehrheitlichen Zustimmung des Gemeinderats bedarf.

Er findet es löblich, dass die Aschauer Bevölkerung einen so großen Zusammenhalt zeigt.

Nach weiteren Wortmeldungen betreffend Schülerzahl, Ängste aus der Bevölkerung sind Ernst zu nehmen, Thematisierung einer Angelegenheit was nicht Thema war, sowie Unverständnis betreffend hoher Wogen zu einem Informationsabend, betont Bürgermeister Hannes Neuhauser, dass die Gemeinde Brandenburg sehr wohl auch verpflichtet ist, die übrige Bevölkerung über diesen Informationsabend zu informieren.

Eine Anfrage von GR Friedrich Klingler richtet sich betreffend Schülerzahl in der Schule Aschau in den kommenden Jahren. Dazu meldet er sich weiter zu Wort und sagt, dass er wie seit Beginn der Diskussionen um die Aschauer Volksschule immer bestätigt, dass er den Weiterbestand der Schule dementsprechend unterstützen wird – mit der Voraussetzung, dass die Schülerzahl in den kommenden Jahren nicht unter vier Kinder absinkt. Sollte dieser schwierige Fall wider Erwarten eintreten, so bittet Klingler Friedrich die Bevölkerung bzw. Anwesenden dieser Gemeinderatssitzung um Verständnis, dass auch er seine Zustimmung zur Schule überdenken wird.

Bürgermeister Hannes Neuhauser weist darauf hin, dass nicht alle Eltern bzw. Elternteile bei der Unterschriftenaktion unterschrieben haben.

Darauf hin wird der Bürgermeister von Frau GR Gorfer gefragt, welche Eltern bzw. Elternteile die Unterschriftenaktion nicht unterschrieben haben, gibt jedoch die Namen aus Fairness nicht bekannt.

Sprecherin Elisabeth Messner nennt, dass 17 Eltern zum Informationsabend eingeladen wurden. Sie ist der Meinung, dass die Proargumente für den Schulbetrieb in Aschau sehr knapp wiedergegeben wurden und betreffend der zukünftigen Lehrpersonalsituation der Bürgermeister ein zu düsteres Bild zeichnet. Sie sagt, dass die Aschauer Eltern einstimmig für die Volksschule Aschau stimmen, einzelne wenige Aschauer Eltern bereits jetzt die Volksschule Brandenburg wählen.

Frau Messner weist auch den Vorwurf betreffend Hetzjagd zurück. Sie ist der Meinung, dass eine Schule nur auf Wunsch der Gemeinde geschlossen werden wird.

Gemeinderat Ampferer Johannes bringt seine Wortmeldung zu Ende und sagt, dass die betreffenden Eltern beruhigt werden können, da die Schule Aschau nicht geschlossen werden wird. Die Personalsituation wird sich auch wieder ändern und somit ausreichend Lehrpersonal zur Verfügung stehen.

Abschließend wiederholt der Bürgermeister, dass es lediglich ein Informationsabend war und er dem Gemeinderat nun berichtet hat. Die Gemeinde wird die weitere Entwicklung beobachten, er wünscht sich zwar den Weiterbetrieb der Schule in Aschau, kann jedoch diesbezüglich keine Versprechungen machen.

Somit wird dieser Tagesordnungspunkt beendet und zum nächsten übergegangen.

2. Zweitbeschluss Flächenwidmungsplanänderung GSt.Nr. 1307/43 (Sonderfläche Almgebäude Zöttbachalm Ampferer Markus)

Während der Auflagefrist vom 14.3.2012 bis einschließlich 11.4.2012 plus eine Woche Stellungnahmefrist sind keine Stellungnahmen eingelangt. Somit stellt der Bürgermeister den Antrag auf Fassung des Zweitbeschlusses und somit Umwidmung von Freiland in Sonderfläche für sonstige land- und forstwirtschaftliche Gebäude/Almgebäude auf der Grundparzelle 1307/43. Der Gemeinderat stimmt einstimmig zu.

3. Antrag auf Erschließungsbeitragsermäßigung

Bürgermeister Hannes Neuhauser trägt das Ansuchen von Herrn Peter Rupprechter, Aschau-Obing HNr. 34 vor und beantragt, dem Antragsteller den 25 %-igen Baukostenzuschuss auf Wohnraumschaffung zu gewähren. Der Gemeinderat nimmt diesen Antrag einstimmig an.

4.1. Telekom Austria Sender Hubwald

A1 Telekom Austria AG hat von den zuständigen Landesstellen die Genehmigungen aus dem Jahr 2010, auf dem Österreichischen Bundesforste Grundstück Nr. 1222/67 im Hubwald – Nähe zum Gemeindebauhof – eine Telekommunikationsanlage/Mobilfunkstation zu errichten.

Da sich dieses Bauvorhaben außerhalb geschlossener Ortschaft befindet ist die Gemeinde nicht zuständige Behörde und hat auch keine Parteistellung.

Der Bürgermeister berichtet, dass er zwar im Jahr 2010 bei einer Vorortbesichtigung/Begehung eingeladen und dabei war. Von der tatsächlichen Ausführung der Errichtung eines 36 m hohen Mastens hat die Gemeinde Brandenburg dann am 14.5.2012 aufgrund einer Anfrage über Gemeindekabellagen in diesem Bereich (TIWAG-Stromgrabungsarbeiten) erfahren.

Am 15.5.2012 langte im Gemeindeamt Brandenburg eine Unterschriftenliste von Brandenberger Bürgern im Bereich Hubmoos/Bauhof ein. Die Unterfertiger begründen ihre Ablehnung gegenüber dieser Handy-Sendeanlage damit, dass die Anlage ca. 150 m vom Wohngebiet entfernt und somit für sie nicht tolerierbar ist.

Bürgermeister Hannes Neuhauser berichtet von der Vorsprache von Frau Christine und Herrn Hannes Neuhauser, Brandenburg 90j. Dabei hat er versprochen, bei der Gemeinderatssitzung zu berichten und aufzuklären, nachdem er zwischenzeitlich Erkundigungen bei der Telekom eingeholt hat.

Herr Klotz von A1 Telekom hat Unterlagen übermittelt und dem Bürgermeister folgendes mitgeteilt:

- Masthöhe hinter Bauhof 36 m
- Unterstützung für Wählamt Brandenburg – Richtfunk zur Mastenspitze
- Qualitätsverbesserung für Handyempfang, UMTS Sender (HSDPA-High Speed Downlink Packet Access)
- Verbesserte Qualität auch in den Gebäuden und weitere Versorgung von Brandenberger Ortsteilen und Almgebiete
- Strahlung ist im Bereich von 3,5 Meter in der Mastenspitze vorhanden, nimmt im Quadrat ab; bis zum Wohnhaus Auer wird dies reduziert auf das 1000fache unter dem Grenzwert.
- Jedes Handy und Fernsehgerät haben eine weitaus größere Strahlung;
- ebenso hat der TV-Sender am Rofan eine viel größere Strahlung.
- Eine Positionierung um 100 m Richtung Süden erfordert einen ca. 50 Meter hohen Masten und eine Zufahrtsstraße.
- Solche Masten stehen in anderen Gemeinden in unmittelbarer Nähe von Wohngebieten.

- A1 Telekom hat Informationsbroschüren und eine Info-CD zur Verfügung gestellt, welche der Bürgermeister an anwesende Zuhörer und besorgte Bürger austeilte.
- A1 Telekom bietet Strahlungsmessungen an, diese können auch von externen Firmen bzw. vom Forschungszentrum Seibersdorf gemacht werden.

Nun erteilt der Bürgermeister dem Zuhörer Otto Marksteiner, Brandenburg 90i als Bewohner in der Nähe der geplanten Sendeanlage, das Wort.

Er hat vor ca. zwei Wochen anlässlich der gestarteten Grabungsarbeiten für die Stromversorgung dieser Sendeanlage von diesem Vorhaben erfahren. Die Gemeinde Brandenburg hat ihm zu diesem Zeitpunkt noch keine definitive Auskunft geben können. Lediglich dass im Jahr 2010 die eingangs erwähnte Begehung stattgefunden hat.

Am 14.5.2012 hat dann die Gemeinde die Mailanfrage von der von der TIWAG beauftragten Firma betreffend Kabellagen erhalten und weitere Erkundigungen bzw. Unterlagen von A1 Telekom eingeholt.

Herr Otto Marksteiner zweifelt die von A1 Telekom angeführten Aussagen betreffend Strahlungsgefährdung an. Weiters zeigt er auf, dass ein solcher Handymasten eine Wertminderung für die umliegenden Wohnhäuser bedeutet.

Auch dem anwesenden Hannes Neuhauser Brandenburg 90j erteilt der Bürgermeister das Wort. Herr Neuhauser hinterfragt auch die Grenzwerte bzw. deren Aktualität aufgrund von Erfahrungswerten im Gesundheitsbereich.

Er zeigt die rechtliche Seite (keine Parteistellung von Anrainern) und die moralische Seite auf. Letztgenannte bezeichnet er als bedenklich und bittet die Gemeinde Brandenburg um vollste Unterstützung um dieses Projekt an diesem Standort zu verhindern. Die Bevölkerung soll gehört werden und Unterstützung erhalten, dass eine solche Sendeanlage nicht in der Nähe eines Wohngebietes errichtet wird. Er verweist auf die hohe Wohnqualität in Brandenburg.

Anwesende Zuhörer haben auch Bedenken, falls der Masten aufgestellt ist, werden zukünftig auch weitere Nutzer kommen und somit die Strahlenintensität zunehmen. Wenn die Gesundheit von Mensch und Tier betreffend keine Bedenken bestehen, warum werden die Anrainer nicht bereits im Vorfeld gefragt bzw. in die Entscheidungsfindung mit eingebunden, lautet eine weitere Frage.

Im Zuge der Diskussion schlägt GR Georg Neuhauser vor, diesen Sender nicht im Bereich Hubwald sondern auf bestehenden Funkmasten am sog. Prinzkopf/Krummbach anzubringen.

Damit könnte auch eine gute Versorgung der umliegenden Almen gegeben sein.

Abschließend sagt der Bürgermeister, dass er mit Herrn Klotz von A1 Telekom wieder in Kontakt treten wird. Die Bedenken aus der Bevölkerung werden weitergeben und eine gemeinsame Besprechung, zu der auch Herr Hannes Neuhauser Brandenburg 90j geladen wird, anberaumt.

4.2. Wohnung Altenheim Brandenburg 80 Top 5

Das mit Frau Veronika Rangger bestehende Mietverhältnis endet am 31.7.2012. Der Bürgermeister fragt den Gemeinderat, im Falle dass Frau Rangger das Mietverhältnis verlängern möchte, ob die Gemeinde zustimmen wird oder die Gemeindewohnung dem Heim- bzw. Leasingpersonal zur Verfügung gestellt werden soll.

Nach kurzer Beratung und Antragstellung des Bürgermeisters beschließt der Gemeinderat einstimmig, dass die Gemeinde Brandenburg einer

Mietvertragsverlängerung mit Frau Rangger auf max. drei Jahre zustimmen würde. Diese Verlängerung wäre vor dem 31.7.2012 zu unterfertigen.

4.3. Jahresbericht Humanocare betr. Alten-/Pflegeheim Brandenburg

Der Bericht ist am 15.5.2012 im Gemeindeamt eingelangt.

Der Budgetwert mit 98 % Auslastung im Jahr 2011 wurde erreicht.

Der prognostizierte Abgang (€ 70.000,00 lt. Humanocare Budget) wurde um ca. € 5.000,00 unterschritten. Darin sind die Heimleiterkosten von Humanocare mit enthalten.

Seit dem Jahr 2011 hat die Gemeinde Brandenburg mit Humanocare eine professionelle Heimleitung.

Der Bürgermeister hebt auch positiv hervor, dass für das Heim Brandenburg mittlerweile auch Heimverträge mit den Bewohnern eingeführt wurden und diese mit 1.1.2012 Gültigkeit haben. Dabei ist u.a. die verpflichtende Pflegeeinstufung enthalten.

Bürgermeister und Bürgermeisterstellvertreter sind zuversichtlich hinsichtlich der weiteren Entwicklung im Heim Brandenburg.

Bürgermeister Neuhauser ersucht um Zustimmung zum vorgetragenen Jahresbericht.

Dem Antrag stimmt der Gemeinderat einstimmig zu.

4.4. Widmungsansuchen Klingler Andreas, Aschau 9 – Lagerhalle

Das Widmungsansuchen von Herrn Andreas Klingler, Aschau 9 vom 14.5.2012 trägt der Bürgermeister samt der vorausgegangenen Vorbegutachtung des Bausachverständigen zum Bauvorhaben „Lagerhalle auf GSt.Nr. 1166/45“ (Bereich Auffahrt Hof Grascher – Situierung wird dem Gemeinderat anhand einer Luftbildaufnahme gezeigt -) vor.

Der anwesende Antragsteller führt weiters aus, dass er die Rodungsgenehmigung eingeholt hat und zudem Herr Ing. Moser/Agrarwirtschaft ihm mündlich mitgeteilt hat, dass eine Sonderflächenwidmung erforderlich ist. Im Rahmen dieses Verfahrens wird dieser eine Stellungnahme betreffend betriebswirtschaftlicher Notwendigkeit abgeben.

Laut Klingler Andreas sollte es auch im Interesse der Gemeinde sein, Siloballen nicht offen im Freien zu lagern sondern nicht sichtbar in einem Lagergebäude.

Nach Diskussion an wem dieser Widmungswunsch zur Weiterbearbeitung weitergeleitet werden soll (an neuen Raumplaner DI Kotai oder an den in den letzten Jahren für Brandenburg tätigen DI Troger), entscheidet sich der Gemeinderat für die Weitergabe an Herrn DI Troger. Herr Troger soll diesen Widmungswunsch mit der Aufsichtsbehörde beim Land Tirol abklären und alles weitere veranlassen. Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis und wird bei Vorliegen der Widmungsunterlagen Beschluss fassen.

4.5. Widmungsansuchen Messner Walter und Gertrude, Neuschwendt 120 – touristische Sonderfläche

Dieses Widmungsansuchen ist so wie Pkt. 4.4. nicht im Raumordnungskonzept Brandenburg enthalten.

Im Schreiben vom 16.5.2012 beantragt der Grundeigentümer zu Neuschwendt Herr Walter Messner eine Umwidmung von Freiland in Touristische Sonderfläche. Auf

dieser Fläche ist die Aufstellung von 3 – 5 Wohlfühlwohnwägen für ca. 8 – 10 Personen/Kräutergartenkursteilnehmer geplant.

Der Bürgermeister zeigt die Situierung dieser Wägen im Bereich der Zufahrtsstraße Floh/Neuschwendt vor.

Diskussionspunkt ist u.a. die Abwasserentsorgung.

Schließlich entscheidet der Gemeinderat, dass Herr DI Troger diese Widmungsanfrage mit dem Land Tirol vorbesprechen und die weitere Vorgangsweise abklären soll.

4.6. Anträge, Anfragen und Allfälliges

4.6.1. Müllsammelaktion in Brandenburg

Der Bürgermeister bedankt sich bei den beiden Feuerwehren Brandenburg und Aschau, den Teilnehmern und Gemeinderäten für die Abwicklung der Gemeindemüllsammelaktion.

Eine jährliche Fortführung ist geplant.

Gemeinderat Otmar Gwercher prangert denjenigen Müllsünder an, welcher bereits am nächsten Tag die Landesstraße durch illegales Wegwerfen von Müll wieder verschmutzt hat.

4.6.2. Hundekotbehälter

Frau GR Barbara Gorfer musste im Zuge ihrer Teilnahme an der Müllsammlung feststellen, dass ein Hundekotbehälter direkt neben einer Rastbank am Kirchrainweg aufgestellt ist und ersucht um Situierungsänderung wegen Geruchsbelästigung.

In diesem Zusammenhang ruft der Bürgermeister diejenigen Hundebesitzer auf, die ihren Hund noch nicht bei der Gemeinde angemeldet haben, dieses Versäumnis nachzuholen.

4.6.3. Rastbänke – Beschädigungen

GR Roman Burgstaller schlägt vor, im nächsten Gemeindemitteilungsblatt zu informieren, dass gegen Vandalismus an Rastbänken vorgegangen bzw. ersucht wird, öffentliches Gut nicht zu beschädigen.

4.6.4. Asphaltierung Aschauer Straße

GR Klaus Lengauer zeigt wieder die Dringlichkeit der ausständigen Asphaltierungsarbeiten auf.

Der Bürgermeister berichtet vom letzten Gespräch mit der beauftragten Firma Strabag, dass diese Arbeiten im Sommer 2012 ausgeführt werden. Aus Haftungsgründen wurden diese Arbeiten im Mai noch nicht erledigt, worüber eine Diskussion folgt.

4.6.5. Bauarbeiten Möslweg

GR Johannes Ampferer erhält vom Bürgermeister die Antwort, dass die Güterwegabteilung die Rodungsgenehmigungen in Bearbeitung hat und die Bauarbeiten in nächster Zeit aufnehmen wird.

4.6.6. Sportvereinsheim – laufende Bauarbeiten

Der Bürgermeister bedankt sich bei den Bauarbeitern und hofft auf einen weiterhin unfallfreien Bauverlauf.

5. Personalangelegenheiten

Dieser Punkt wird unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt und protokolliert.

g.g.g
Schriftführer
Gerhard Ampferer